

A n t r a g

der Fraktion der AfD

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/12720 –

Schule statt Ferienbetreuung – angemessene Finanzierung der Herbstschule sicherstellen

1. Der Landtag stellt fest:

In den Herbstferien plant die Landesregierung eine „Herbstschule“, in deren Rahmen Schüler von der ersten bis zur achten Klasse auf freiwilliger Basis in den Fächern Mathematik und Deutsch gefördert werden sollen. Als Vorbild dient die sogenannte „Sommerschule“, die erstmals in den letzten beiden Wochen der Sommerferien durchgeführt wurde. Bei der sogenannten „Sommerschule“ handelte es sich allerdings nicht um eine Schule, sondern um eine „Ferienbetreuungsmaßnahme mit teilschulischem Bildungsangebot“, wie Bildungsministerin Hubig am 2. Juli 2020 im Bildungsausschuss klarstellte.

Folgerichtig waren auch nur knapp 8 Prozent der Kursleiter Lehrkräfte oder pensionierte Lehrkräfte. Fast drei Viertel der Tutoren rekrutierte sich aus Oberstufenschülern und Studenten, wobei weder nach den Leistungskursen noch nach dem Semesterstatus oder den Studienfächern gefragt wurde. Bei der Entscheidung über die Auswahl der Kursleiter unter den angemeldeten Interessenten standen den Kommunen nur die abgefragten Qualifikationen „Übungsleiterschein, Erste-Hilfe-Ausbildung, Erfahrungen in der Jugendarbeit und Erfahrungen im Nachhilfegeben“ zur Verfügung. Die genauen Kriterien, die die Schulträger für die Auswahl herangezogen haben, sind der Landesregierung unbekannt. Eine systematische Förderung in den zentralen Grundkompetenzen in Deutsch und Mathematik zur Behebung coronabedingter Defizite, wie sie Eltern und Schülern versprochen worden war, konnte auf diese Weise nicht erfolgen.

Damit die Lücken in den Herbstferien wenigstens ansatzweise geschlossen werden können, darf die Herbstschule nicht erneut nur als Ferienbetreuungsmaßnahme konzipiert werden. Sie muss vielmehr als wirklicher Unterricht ausgestaltet sein, der von fachlich und pädagogisch gut ausgebildetem Personal erteilt wird. Gerade Kinder mit geringerem Leistungsvermögen oder aus weniger bildungsaffinen Familien brauchen nach dem wochenlangen Ausfall des Präsenzunterrichts zusätzliche Unterstützung. Diese muss zielgenau, individuell und qualitativ hochwertig sein.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- mit einer angemessenen Bezahlung die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Schüler in der Herbstschule ausschließlich von fachlich qualifizierten und pädagogisch erfahrenen Lehrkräften unterrichtet werden;
- unter Rückgriff auf die Erfahrungen des jetzt wieder laufenden Präsenzunterrichts und in Absprache mit den jeweiligen Fachlehrern dafür zu sorgen, dass

das Herbstschulangebot vorwiegend jenen Schülern zugutekommt, die in den Fächern Mathematik und Deutsch Defizite aufweisen;

- eine enge Begleitung dieser Schüler durch ihre Fachlehrer mithilfe individuell erstellter Lernpläne und Lernpakete sicherzustellen;
- die Herbstschule – im Vergleich zur sogenannten „Sommerschule“ – von drei auf sechs Stunden Unterricht pro Tag zu erweitern.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger